(Insight-EU-Interview)
SPD-Mann Lange: Obama soll Schwung in Freihandelsgespräche bringen
Interview: Thomas Strünkelnberg, dpa =, veröffentlicht am Freitag, 21. März 2014

Ernüchternd, enttäuschend - wenn es um die Freihandelsgespräche mit den USA geht, wird der SPD-Handelsexperte Lange deutlich. Es gibt aber auch Hoffnung für das ehrgeizige Projekt: Gefragt ist jetzt US-Präsident Obama.

Brüssel (dpa Insight) - Der SPD-Handelsexperte Bernd Lange erwartet von US-Präsident Barack Obama neuen Elan für die Verhandlungen über die größte Freihandelszone der Welt. Außerdem erwarte er, dass Obama ein «klares Signal» für mehr Transparenz in den Gesprächen zwischen EU- und US-Vertretern geben werde, sagte der handelspolitische Sprecher der Sozialdemokraten im Europaparlament im Gespräch mit dpa Insight EU. «Ansonsten brauchen wir irgendwann nicht weiter zu verhandeln.» Der US-Präsident wird am 26. März zum EU-USA-Gipfel in Brüssel erwartet.

In den verbleibenden zweijährigen Amtszeit Obamas sei es realistisch, ein Abkommen auszuhandeln, erklärte Lange. Werde allerdings ein umfassendes Abkommen angepeilt, dann werde das deutlich länger dauern: «Im Falle Kanadas haben wir fünf Jahre verhandelt.»

Lange rief dazu auf, wegen der im November in den USA anstehenden Halbzeitwahlen die Gespräche über die Freihandelszone bis nach dem Wahltermin auszusetzen. Es habe in vier Gesprächsrunden kaum Annäherung gegeben, die Haltung der Vereinigten Staaten sei «enttäuschend». Entscheidend sei weiterhin die Frage des Investitionsschutzes: Das Prinzip, heimische und ausländische Investoren gleich zu behandeln, ermöglichten auch Gerichte, dafür seien keine außergerichtlichen Schiedsstellen notwendig, betonte er. Lange erwartet, dass die Amerikaner darauf eingehen werden.

Die EU und die USA verhandeln über die Schaffung der weltgrößten Freihandelszone mit insgesamt rund 800 Millionen Bürgern. Ziele sind vor allem, Zölle, unnötige Regulierungen und Hürden für Investitionen abzubauen.

dpa: Herr Lange, wie ist der Stand in den Gesprächen über die potenziell weltgrößte Freihandelszone von EU und USA?

Lange: «Es ist sehr ernüchternd. Wir haben vier Gesprächsrunden gehabt und dabei hat sich im Grunde nur herausgestellt, wo die Unterschiede sind. Es gibt aber kaum Punkte, wo eine Annäherung festzustellen ist - im Gegenteil, die Haltung der Vereinigten Staaten ist enttäuschend. Sie bewegen sich in vielen Fragen gar nicht, so dass ich schon frage, ob man angesichts dieser Situation überhaupt weiterreden sollte.
Hintergrund ist die Lage in den Vereinigten Staaten: Im November sind dort Halbzeitwahlen und angesichts der Diskussion über Handelsfragen ist insgesamt in den Vereinigten Staaten eine kritische Haltung festzustellen. Daher scheinen im Moment keine Zugeständnisse möglich zu sein.»

dpa: Das heißt, man sollte zunächst etwas Zeit verstreichen lassen?

Lange: «Ich würde sagen: Ja. Im November sind die Wahlen in den USA, bis dahin haben wir auch in Europa gewählt - danach könnte es einen Neustart mit klaren Transparenzregeln geben. So könnte auch die Zivilgesellschaft in Europa besser einbezogen werden.»

dpa: Wo hakt es ganz besonders?

Lange: «Ein ganz banales Problem ist die Frage der Zölle, die eigentlich im Zentrum von Handelsverträgen stehen. Die EU hat ein umfassendes Angebot vorgelegt, die USA ein eher beschämendes Angebot. Das ist keine Verhandlungsgrundlage. Bei der öffentlichen Beschaffung scheinen sie keine Öffnung in den Bundesstaaten auf den Weg zu bringen, auch bei den Dienstleistungen - europäische Airlines dürfen nicht in den USA ihre Dienste anbieten - scheint es fast eine Blockade zu geben.»

dpa: Welche Rolle spielt denn die Frage des Investitionsschutzes derzeit?

Lange: «Für uns Sozialdemokraten eine ganz entscheidende Rolle, denn wir meinen, dass das Prinzip, wonach einheimische und ausländische Investoren gleich behandelt werden, auch durch normale Gerichte sichergestellt werden kann. Daher brauchen wir keine außergerichtlichen Schiedsstellen, die im Grunde nur einigen großen Unternehmen dienlich sind und letztlich Anwaltskanzleien in New York zu Lohn und Brot verhelfen. Das brauchen wir nicht, und das wollen wir in die Verhandlungen auch einbringen. Die Kommission hat eine Konsultationsphase in dieser Frage angedeutet, ich hoffe, das geht bald los.
Es gibt ein Beispiel: Die Verhandlungen zwischen den USA und Australien. Die australische Regierung hat darauf bestanden, diese Investitions-Schiedsstellen nicht einzuführen, und sie haben in dem Abkommen auch nicht Eingang gefunden. Und die Amerikaner sind wohl auch bei der EU dazu bereit, darauf zu verzichten. Zwischen zwei entwickelten Industrieländern mit entwickelten juristischen Systemen brauchen wir so etwas nicht.»

dpa: Sehen Sie in dem Abkommen noch den ganz großen Wurf, den man mal erwartet hat?

Lange: «Es geht nach wie vor um zusätzliche und gesicherte Arbeitsplätze sowie nachhaltiges Wachstum. Die Frage der Entwicklung und Stabilisierung von Arbeitnehmerrechten ist auch immer noch da. Man muss ausloten, was möglich ist, und dann verhandeln. Aber in der Tat ist Ernüchterung eingekehrt, man kann kein umfassendes Abkommen innerhalb eines Jahres vereinbaren.»

dpa: Welchen Zeitraum hielten Sie nun für realistisch?

Lange: «Die Amtszeit des US-Präsidenten wird in zwei Jahren enden. Wenn man sich ansieht, was realistischerweise umgesetzt werden kann, dann ist es realistisch, innerhalb dieser Amtszeit ein Abkommen auszuhandeln. Ansonsten: Im Falle Kanadas haben wir fünf Jahre verhandelt. Wenn man also umfassend jedes Detail auf den Tisch legen will, dann dauert das länger.»

dpa: Nun wird US-Präsident Obama Ende März in Europa erwartet. Was stellen Sie sich dazu vor?

Lange: «Ich habe zwei Erwartungen: Zum einen, dass er ein klares Signal für mehr Transparenz in den Verhandlungen gibt - vor allem, was die Diskussionsbeiträge der Vereinigten Staaten betrifft. Und zum zweiten, dass er mehr Dynamik für die Position der amerikanischen Verhandler beisteuert, denn ansonsten brauchen wir irgendwann nicht weiter zu verhandeln. Ich bin mir nicht sicher, ob er das macht, aber das wäre meine Hoffnung.»

dpa tst

Das Interview führte Thomas Strünkelnberg, Redaktionsleiter dpa Insight EU, dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH